

PRESSEINFORMATION  
Hamburg, 27. Juni 2017

## Entwurf zum Klimaschutzgesetz in Thüringen in der Kritik **Modernes Heizen muss bezahlbar bleiben**

- Thüringer Gesetzesentwurf: Ab 2030 sind 25 Prozent erneuerbare Energien in der Wärmeversorgung Pflicht
- Kosten-Nutzen-Analyse aller Regelungen und Maßnahmen vor finaler Entscheidung gefordert
- Onlinebeteiligung an der ‚Thüringer Energie- und Klimaschutzstrategie‘ verlängert bis 30.06.2017

**Das Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz (TMUEN) erarbeitet ein „Thüringer Gesetz zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel“. Die „Thüringer Energie- und Klimaschutzstrategie“ ergänzt dies mit konkreten Maßnahmen. Das Institut für Wärme und Oeltechnik e.V. (IWO) rechnet mit einer enormen Steigerung der Verbraucherkosten für die Wärmeversorgung, sollten die vorgeschlagenen Maßnahmen so umgesetzt werden. Thüringer können noch bis 30.06.2017 online ihre Meinung zu den konkreten Maßnahmenvorschlägen der Klimaschutzstrategie abgeben.**

Das Pariser Klimaschutzabkommen steht seit 2015 sinnbildlich vor allem dafür, dass Klimaschutz eine internationale Aufgabe ist. Trotzdem erlassen immer mehr Bundesländer ihre eigenen Klimaschutzregelungen. „Im Sinne der Pariser Klimasziele sollten in Deutschland sinnvolle, kosteneffiziente und damit nachahmenswerte Maßnahmen umgesetzt werden“, erklärt Adrian Willig, Geschäftsführer des Instituts für Wärme und Oeltechnik e.V. (IWO) und ergänzt: „Alleingänge auf Landesebene, wie hier in Thüringen, sind dabei kontraproduktiv. Stattdessen sollte das Thema auf europäischer Ebene behandelt werden und nicht in Kleinstaaterei und Überkomplexität scheitern.“

In seinem Vorstoß sieht das Ministerium unter Anja Siegesmund auch Regelungen für die Wärmeversorgung vor. Unter anderem soll ab 2030 die Einbindung von 25 Prozent erneuerbarer Energien in Bestandsgebäuden verpflichtend werden.

Wird diese Forderung so im Gesetz verankert, müssen ab 2030 auch intakte, hocheffiziente Brennwertheizungen gegen sehr viel teurere Heizsysteme ausgetauscht werden, da auch z. B. die Ergänzung bestehender Heizungen durch große Solarthermieanlagen diesen Anteil

nicht erreichen können. „Diese Zwangsmaßnahme ist Verbrauchern finanziell nicht zuzumuten. Vielmehr würde die Unterstützung für die Energiewende bei den Betroffenen abnehmen“, gibt Thomas Uber, Repräsentant des IWO für Thüringen, zu bedenken.

### **Thüringer Gesetzesentwurf bevorzugt kommunale Wärmelösungen – zulasten der Verbraucher**

Der Thüringer Gesetzesentwurf hält zudem Kommunen dazu an, sogenannte Wärmepläne zu erstellen, die wiederum häufig Wärmenetze favorisieren. Anwohner können durch Anschluss- oder Benutzungszwänge an die Fernwärmeversorgung gebunden werden. „So entstehen Versorgungsmonopole, die tendenziell zum Nachteil der Verbraucher ausfallen“, betont Willig. Dabei belegt auch eine aktuelle Studie des ITG Dresden und der TU Darmstadt, dass sich die Energieeinsparziele der Bundesregierung durch die Modernisierung mit dezentralen Technologien kosteneffizienter erreichen lassen als mit Wärmenetzen. Beispielsweise spart der Austausch einer alten Ölheizung durch eine moderne Ölbrennwertheizung bereits bis zu 30 Prozent Heizöl und damit CO<sub>2</sub> ein. „In Thüringen heizen 510.000 Menschen mit Heizöl. 67 Prozent der Anlagen sind älter als 20 Jahre und müssten damit ausgetauscht werden. Das Einsparpotenzial ist also enorm“, rechnet Thomas Uber vor. Ein solcher Heizungstausch ist häufig die kosteneffizienteste Sanierungsmaßnahme. Der Blick auf die notwendigen Investitionen darf nicht vernachlässigt werden, wenn Bürger eigene Mittel für die Modernisierungen investieren sollen. Grundsätzlich fordert Uber: „Vor der Verabschiedung des Gesetzes und einzelner Maßnahmen halten wir es für unabdingbar, eine Kosten-Nutzen-Analyse durchzuführen und die Folgekosten für Bürger, Kommunen und Unternehmen transparent zu machen. Eine fundierte Bewertung der Maßnahmen ist unserer Ansicht nach erst auf dieser Grundlage möglich.“

Neben dem Thüringer Klimagesetz erarbeitet das TMUEN eine ergänzende ‚Thüringer Energie- und Klimaschutzstrategie‘, deren Maßnahmen die Thüringer noch bis zum 30.06.2017 online unter [www.klimastrategie-thueringen.de](http://www.klimastrategie-thueringen.de) bewerten können.

### **Moderne Öl-Brennwerttechnik bietet emissionsarme Perspektiven**

Moderne Öl-Brennwertgeräte bieten vielfältige Lösungen für die Wärmewende: Durch die Einbindung einer Solarthermieanlage oder eines Holzkaminofens in den Heizkreislauf können Brennwertheizungen auch nachträglich Schritt für Schritt zu einem Hybridsystem erweitert werden. Perspektivisch könnten diese Brennwertheizungen sogar erneuerbar,

bspw. aus grünem Strom, erzeugte flüssige Brennstoffe nutzen. Mit einer vorschnellen Verdrängung flüssiger Energieträger aus dem Wärmemarkt können diese Potenziale zukünftig nicht genutzt werden.

### **Über das IWO**

Das Institut für Wärme und Oeltechnik e. V. (IWO) ist eine Einrichtung der deutschen Mineralölwirtschaft mit Fördermitgliedern aus Energiehandel, Heizungsbau und weiteren Verbänden. Etwa ein Drittel der Wärmeenergie in Deutschland wird durch Heizöl erzeugt. Rund 5,6 Millionen Ölheizungsbesitzer gibt es in der Bundesrepublik. Mit dem Ziel einer technologieoffenen, effizienten und sicheren Wärmeversorgung setzt sich das IWO für die langfristige Nutzung der Potenziale von Heizöl im Energieträgermix der Zukunft, gemeinsam mit den Erneuerbaren Energien, ein. Heizöl ist flexibel, lagerfähig und leitungsunabhängig und eignet sich zum Beispiel besonders für die Versorgung ländlicher Räume.

IWO, 2017

Pressekontakt:

Institut für Wärme und Oeltechnik e. V. (IWO)

Rainer Diederichs (Presse- und Öffentlichkeitsarbeit)

Süderstraße 73 a, 20097 Hamburg

Tel +49 40 23 51 13-884

Fax +49 40 23 51 13-29

presse@iwo.de; [www.zukunftsheizen.de/presse](http://www.zukunftsheizen.de/presse)